

Amtsblatt zur Laibacher Zeitung Nr. 23.

Montag den 29. Jänner 1900.

(317) 3—3

J. 72 B. G. H.

Lehrstelle.

An der zweiclassigen Volksschule in Schwarzenberg gelangt die zweite Lehrstelle zur definitiven Besetzung. Die gehörig instruierten Gesuche sind in vorgeschriebenem Wege bis zum 14. Februar 1900 hieran einzubringen.

R. f. Bezirkschulrath Voitsch am 18ten Jänner 1900.

(328) 3—2

St. 1532.

Razglas.

Na c. kr. šoli za babice v Ljubljani se začne

1. marca 1900

učni tečaj za babice s slovenskim učnim jezikom. V ta učni tečaj se sprejmo ženske, ki še niso prestopile 40. leta svoje starosti in katere, ako so še neomožene, so dopolnile že 24. leto, ter so učnega jezika v besedi in pisavi zmožne. Pouk je brezplačen.

Prosivke za sprejem se morejo do 28. februarja t. l. osebno zgledati pri ravnateljstvu tukajšnje c. kr. šole za babice ter prinesiti s seboj krstni ali rojstni list, event. poročni list ali, če so vdove, smrti list svojega moža, dalje oblastveno potrjeno navrstveno izpričevalo, potem od uradnega zdravnika pristojnega političnega oblastva izdano izpričevalo, da so zdrave in telesno in dušno za uk sposobne, potem izpričevalo, da imajo cepljene koze ali da so iznova cepljene, ter tudi šolska izpričevala, če jih imajo kaj.

Za ta učni tečaj je razpisanih tudi sedem ustanov učnega zaklada po 52 gld. 50 kr. s pravilnim povračilom za pot sem in nazaj.

One ženske, ki hočejo prositi za eno teh ustanov, morajo svoje prošnje, opremljene s poprej navedenimi listinami in z zakonitim uobzornim listom,

do 8. februarja t. l.

vložiti pri dotičnem c. kr. okrajnem glavarstvu, oziroma pri mestnem magistratu v Ljubljani.

Od c. kr. deželne vlade za Kranjsko. V Ljubljani, dne 24. januarja 1900.

J. 1532.

Verlautbarung.

An der k. k. Hebammenschule in Laibach beginnt am 1. März 1900

ein Lehrkurs für Hebammen mit slovenischer Unterrichtssprache, in welchen Frauenpersonen, welche das 40. Lebensjahr noch nicht überschritten und, wenn sie ledig sind, das 24. Lebensjahr vollendet haben, ferner der Unterrichtssprache in Wort und Schrift mächtig sind, aufgenommen werden. Der Hebammen-Unterricht ist unentgeltlich.

Aufnahmebewerberinnen haben sich unter Beibringung des Tauf- oder Geburtscheines, eventuell des Trauungscheines oder, falls sie Witwen sind, des Todtencheines ihres Gatten, ferner eines behördlich bestätigten Moralitätszeugnisses, dann eines vom Amtsarzte der zuständigen polit. Behörde ausfertigten Zeugnisses der Gesundheit, der körperlichen und intellektuellen Befähigung, dann eines Impf- und eventuell Revaccinationszeugnisses und allfälliger Schulzeugnisse bis zum 28. Februar t. l. persönlich bei der Direction der hiesigen k. k. Hebammen-Schule zu melden.

Für diesen Lehrkurs kommen auch sieben Studienfonds-Stipendien von je 52 fl. 50 kr. mit der normalmäßigen Vergütung für die Dieher- und Rückreise zu verleihen.

Jene Frauenpersonen, welche sich um eines dieser Stipendien bewerben wollen, haben ihre mit den vorangeführten Documenten und mit einem legalen Armutzeugnisse belegten Gesuche bis zum 8. Februar t. l.

bei der betreffenden k. k. Bezirkshauptmannschaft, beziehungsweise beim Stadtmagistrate in Laibach, zu überreichen.

Von der k. k. Landesregierung für Krain.

Laibach am 24. Jänner 1900.

(348)

J. 1074 ex 1900.

Kundmachung.

Der Tabak-Hauptverlag in Sagor im Steuerbezirke Littai gelangt im Wege der öffentlichen Konkurrenz zur Verlegung. Derselbe darf in einem beliebigen, nach Lage und Beschaffenheit hiesig vollkommen geeigneten Hause der Ortschaft Sagor ausgeübt werden.

Der Tabak-Hauptverlag ist der k. k. Tabak-Hauptfabrik in Laibach zur Tabakmaterial-transportation zu approvisionieren.

Der Tabak-Hauptverlag ist mit einer Verlagsprovision verbunden. Der Inhaber dieses Geschäftes ist zur Führung der Wertzeichen des Gebürgengeldes verpflichtet, ferner zum Verschleiß der Postverzeichnisse aller Art berechtigt.

In dem einjährigen Zeitraum vom 1sten Jänner 1899 bis zum 31. December 1899 wurde

für diesen Verlag Tabakmaterialie im Werte von 45.225 K 70 h, beziehungsweise im Gewichte von 11.313 Kilogramm bezogen.

Der Transitantengewinn in der Verlagsprovision betrug während dieser Zeit 738 K 31 h, der Absatz an Wertzeichen des Gebürgengeldes 460 K 62 h; für den Kleinverschleiß letzterer Wertzeichen wird dem Verleger eine Provision in der Höhe von 1 1/2 Procent des Wertes derselben zugute gerechnet werden. Die Wertzeichen des Gebürgengeldes sind bei dem k. k. Steueramte in Littai zu fassen.

Die mit der Verlagsführung verbundenen Fracht- und sonstigen Auslagen hat der Verleger zu tragen.

Demselben wird anlässlich der ersten Bevorräthigung Tabakmaterialie im Werte von 1200 K gegen vollständige Sicherstellung dieses Wertes auf Credit erfolgt werden.

Die Offertstellung hat im Sinne der Verordnung über die Errichtung und Verlegung der Tabakverläge und Tabaktrafiken und auf Grundlage der Vorchrift für die Tabakverleger, beziehungsweise hinsichtlich der Verlagsprovision im Sinne der Vorchrift für die Tabaktrafikanten zu erfolgen.

Diese Vorschriften können bei den Finanzbehörden I. Instanz und den Finanzwach-Controll-bezirksleitungen eingesehen und bei ersteren gegen Kostenerlass bezogen werden. Die vorgedruckten Offertformulare sind bei den Finanzbehörden I. Instanz und bei den Finanzwach-Controll-bezirksleitungen kostenfrei erhältlich.

Im Falle der Beanpruchung einer Verlagsprovision ist dieselbe durch Angabe eines Procentfuges vom Werte des abgesetzten Tabakmaterials auszurufen.

Die Offerte sind auf der vorgeschriebenen Druckform zu verfassen und längstens bis zum 20. Februar 1900,

vormittags 10 Uhr, bei dem Vorstande der k. k. Finanz-Direction in Laibach versiegelt zu überreichen.

Das Badium beträgt 230 K und ist beim k. k. Steueramte in Littai oder beim k. k. Landes-gericht in Laibach zu erlegen.

Laibach am 20. Jänner 1900.

k. k. Finanz-Direction.

Auszug

aus der Verordnung, betreffend die Errichtung und Verlegung der Tabakverläge und Tabaktrafiken.

§ 4. In der Concursstundmachung werden die factischen Verhältnisse der Verlegung für die abgelaufenen zwölf Monate, jedoch ohne irgendwelche Haftung für deren Eintreffen in der Zukunft bekanntgegeben.

§ 5. Jeder Offerent hat zu erklären:

1.) dass er sich den jeweilig geltenden Vorschriften für die Tabakverleger und den Vorschriften für die Tabaktrafikanten sowie den im Rahmen dieser Vorschriften ergehenden Weisungen der Verfallsbehörde unterwirft;

2.) in welchem Hause und in welchen Localitäten er den Verlag und insbesondere die Verlagsprovision ausüben gedenkt;

3.) ob er den Verlag selbstständig oder in Verbindung mit einem Gewerbe führen werde, eventuell welcher Art dieses Gewerbe ist, und ob er die Verpflichtung zur vollständigen räumlichen Trennung des Verlages, oder doch der Verlagsprovision von dem Gewerbe übernimmt;

4.) ob er oder Personen, welche mit ihm in gemeinschaftlichem Haushalte leben, bereits einen Tabakverlag oder eine Tabaktrafik führen oder geführt haben, eventuell, dass bei Erlangung des angestrebten Verlages die Offertstellung zugleich als Kündigung des bisher besorgten Tabakverschleiß-Geschäftes zu betrachten ist;

5.) welche Bezüge er beanprucht;

6.) dass er mit seinem Anbote sechs Monate vom Tage der Offertöffnung an im Worte bleibt.

§ 6. Die Angabe der beanspruchten Bezüge hat zu erfolgen:

a) im Falle der Beanpruchung einer Verlagsprovision, und zwar bei der Bewerbung um einen Tabak-Hauptverlag in einer Stadt mit mehreren Verlägen oder um einen Tabak-Subverlag durch Bezeichnung des jährlichen Provisionspauşales, dagegen bei der Bewerbung um einen anderen Hauptverlag durch Angabe des Procentfuges der Provision (§ 2);

b) wenn kein Provisionsanspruch erhoben wird, durch Erklärung des Verzichtes auf eine Tabakverlagsprovision und eventuelle Namhaftmachung des Jahresbetrages der angebotenen Gewinnrückzahlung von der Verlagsprovision (§ 2 a).

§ 7. Jeder Offerent hat ein Badium zu erlegen, dessen Höhe mit circa einhalb Procent des Jahresumsatzes in einem abgerundeten Betrage bestimmt und in der Kundmachung bekanntgegeben wird; dasselbe kann in Barem oder in einem nicht verlosbaren, pupillarsicheren Wertpapiere bei den in der Kundmachung angeführten Caffen erlegt werden.

Das Badium verfällt zu Gunsten des Alerars, wenn der Offerent innerhalb der sechsmonatlichen Frist, binnen welcher er im Worte zu

bleiben erklärte, von seinem Anbote zurücktritt, oder falls derselbe — ohne Rücksicht auf diese Frist — nach rechtzeitiger Annahme seines Offertes den Verlag nicht vorchriftsmäßig am bestimmten Tage übernimmt.

§ 8. Dem Offerte sind folgende Belege anzuschließen:

1.) die Cassaquittung über das erlegte Badium;

2.) ein die erreichte Großjährigkeit nachweisendes Zeugnis;

3.) ein Nachweis über den Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft, beziehungsweise über die Heimatszuständigkeit in einer Gemeinde der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder;

4.) ein obrigkeitliches, spätestens vor zwei Monaten ausgestelltes Wohlverhaltenszeugnis;

5.) eine Linearstizze der Localitäten, in welchen der Verlag ausgeübt werden will.

§ 9. Die Eröffnung aller rechtzeitig eingebrachten Offerte erfolgt genau zu der in der Kundmachung als Ueberreichungstermin angegebenen Stunde durch den Leiter der Finanzbehörde I. Instanz.

Dem Offerenten ist die Anwesenheit bei Eröffnung der Offerte gestattet.

Das über die Offertöffnung aufzunehmende Protokoll hat außer der Constatierung des formellen Vorganges einen übersichtlichen Auszug aus den Erklärungen der Offerenten (§ 5, Punkt 2 und 5) zu enthalten.

Nach Schluss der Verlegung sind die Offerte der in Betracht kommenden Bewerber unter Rückbehaltung ihrer Badiacquittungen an die Finanzwach-Controll-Bezirksleitung zur Erhebung über die Verhältnisse der betreffenden Offerenten und über die Eignung der von ihnen bezeichneten Betriebslocalitäten zu leiten.

§ 10. Die Vergebung des Verlages erfolgt auf Grund des Resultates dieser Erhebungen nach Ausschreibung der nicht annehmbaren Offerte (§§ 11 und 12) an den Bestbieter.

§ 11. Als zur Annahme ungeeignet sind zu betrachten die Offerte:

1.) von Personen, welche nach den bürgerlichen Gesetzen nicht verpflichtungsfähig sind oder denen die freie Verfügung über ihr Vermögen nicht zusteht;

2.) von activen Hof- und Staatsbediensteten;

3.) von Ausländern;

4.) von Bewerbern, welche wegen eines Verbrechens oder wegen der Uebertretung des Diebstahles, der Berührung, der Theilnahme an denselben oder des Betruges verurtheilt worden sind, insofern die Rechtsfolgen dieser Verurtheilung im Sinne des Gesetzes vom 15. November 1867, R. G. Bl. Nr. 131, noch fortdauern, oder welche sich wegen eines dieser Delikte in strafgerichtlicher Untersuchung befinden;

5.) von Personen, welche wegen Schleichhandels, wegen einer schweren Gefährdungsbetretung oder wegen einer Uebertretung der zum Schutze des Tabakmonopols bestehenden Gesetze verurtheilt worden sind, insofern vom Zeitpunkt der Strafverurtheilung noch nicht drei Jahre verstrichen sind, dann von solchen, welche wegen eines dieser Delikte in gefälligst gerichtlicher Untersuchung stehen;

6.) von Personen, welchen wegen nachlässiger Geschäftsführung ein Tabakverlag oder eine Tabaktrafik strafweise entzogen worden ist;

7.) von Personen, von welchen eine befriedigende Geschäftsführung nicht erwartet werden kann;

8.) von Personen, welchen ein für die rationelle Lagerung und Conservierung der Tabakfabrikate vollkommen geeignetes Local nicht zur Verfügung steht;

9.) von Tabakverlegern und Trafikanten, oder mit solchen im gemeinsamen Haushalte lebenden Personen, insofern nicht durch die abgegebenen Erklärungen sichergestellt ist, dass es sich nur um einen Wechsel, nicht um die Cumulierung der Tabakverschleißgeschäfte handelt.

§ 12. Als nicht annehmbar haben ferner zu gelten:

1.) verspätet eingebrachte Offerte;

2.) Offerte, welche rüchlich der Höhe der angesprochenen Provision oder der angegebenen Gewinnrückzahlung keine präcise Angabe, sondern eine Bezugnahme auf andere Offerte enthalten;

3.) Offerte, welche nicht alle vorgeschriebenen Erklärungen enthalten (§ 5), welche nicht vorchriftsmäßig belegt sind (§ 8), welche der Kundmachung nicht entsprechen, oder welche Correcturen (Radierungen) enthalten, insofern diese Mängel nicht binnen einer kurzen, von der Finanzbehörde I. Instanz allenfalls eingeräumten Frist behoben werden.

St. 1074 ex 1900.

Razglas.

Glavna zaloga tobaka je zvezana z razpisno okraju Litija se podeli potom javnega pogajanja. Ta glavna zaloga se sme oskrbovati v kateri koli hodi, po legi in kakovosti v to popolnoma sposobni hiši v Zagorji.

Ista je odkazana v dobavo tobačnega materiala c. kr. tobačni glavni tovarni v Ljubljani, in ima za sedaj preskrbljevati 25 prodajalcev tobaka (trafikantov).

Glavna zaloga tobaka je zvezana z razpisno okraju Litija se podeli potom javnega pogajanja. Ta glavna zaloga se sme oskrbovati v kateri koli hodi, po legi in kakovosti v to popolnoma sposobni hiši v Zagorji.

Isto je odkazano v dobavo tobačnega materiala c. kr. tobačni glavni tovarni v Ljubljani, in ima za sedaj preskrbljevati 25 prodajalcev tobaka (trafikantov).

Dobiček trafikanta v založni trafiki znaša v tem času 738 K 31 v, razpečevanje pristojbinskih vrednostnic 460 K 62 v; ta razprodajanje označenih vrednosti na drobno se bode založniku na korist pripisala opravnina 1 1/2 odstotkov v vrednosti istih. Pristojbinske vrednostnice se imajo pri c. kr. davkarji v Litiji prejemati.

Vozne in druge stroške, združene s oskrbovanjem zaloge, ima trpeti založnik.

Istemu se bode pri prvi založitvi tobačnega materiala v vrednosti 1200 K proti popustu zavarovanju te vrednosti dalo na opredeljenem danu.

Ponudbo je napraviti v smislu naredbe o ustanovitvi in podelitvi tobačnih zaloznic, oziroma glede založne trafike v smislu predpisa za tobačne trafikante.

Te predpise more se pregledati pri finančnih oblastvih I. instance in pri finančni straži preglednih okrajnih vodstvih in s jih more tudi pri prvoimenovanih dobiti proti povračilu stroškov. Predtiskani obrazci za ponudbo dobe se brezplačno pri finančni oblasti prve instance in pri finančni straži preglednih okrajnih vodstvih.

Ako se zahteva založniška opravna izreci se ista po odstotku od vrednosti razpečanega tobačnega materiala.

Ponudbe naj se spišejo na predpisane tiskovine in naj se najkasneje do

20. februarja 1900. l.,

predpoludnem do 10. ure, vložijo zapečateni pri predstojniku c. kr. finančnega ravnateljstva v Ljubljani.

Varščina znaša 230 K in je polovica pri c. kr. davkarji v Litiji ali pa pri c. kr. deželni plačilni uradi v Ljubljani.

Ljubljana, dne 20. januarja 1900.

C. kr. finančno ravnateljstvo.

Izpisek

iz ukaza glede ustanovitve in podelitve tobačnih zaloz in tobačnih trafik.

§ 4. V razglasu pogajanj se naznačijo faktični vspehi prodaje za zadnjih dvanajst mesecev, ne da bi se pa kako jamčilo za iste tudi za bodočnost.

§ 5. Vsak ponudnik ima izjaviti:

1.) da se podvrže vsakratno veljavni predpisom za založnike tobaka in predpisom za tobačne trafikante, kakor tudi obljubi, ki bi jih oblastvo v okviru veljavnih predpisov izdalo;

2.) v kateri hiši in v katerih prostorih namerava oskrbovati zalogo in posebno razpisno okraju;

3.) ali bo oskrboval zalogo samostojno ali v zvezi s kakim obrtom, eventualno kake vrste je ta obrt, in ali prevzame odgovornost, da bo popolnoma prostorno ločeno od drugih zaloz;

4.) ali oskrbuje on, ali osebe, koje živi z njim v skupnem gospodarstvu, že kake tobačno zalogo ali tobačno trafiko, ali so že oskrbovali, eventualno, da se ima, v kateri hiši, in v katerih prostorih, in v kateri zvezi, ponudba smatrati ob jednom odgovoru dosedaj oskrbovane prodaje tobaka;

5.) kake prejemke zahteva;

6.) da ostane glede svoje ponudbe sedem mesecev od dneva, ko se ponudba odpre, mož beseda.

§ 6. Izjava o zahtevanih prejemkih se ima zgoditi:

a) ako se zahteva opravna od zaloznika: pri pogajanju za tobačno glavno zalogo v mestu z več zalozami ali za tobačno podzalogo z označenjem letnega opravninskega pavšala, pri pogajanju za kako drugo glavno zalogo pa z označenjem odstotka opravnine (§ 2 a);

b) ako se ne zahteva opravna, z izjemo da se opravni od tobačne zalozne pove in z eventualnim imenovanjem letnega zneska, kojega hoče od založne trafike nazaj plačevati (§ 2 b);

§ 7. Vsak ponudnik ima položiti v varščino, koje znesek se določi s približno odstotkom letnega razpečanja v zaokroženem znesku in kateri se naznači v razglasu; isti znesek mora plačati v gotovini ali pa v vrednostnih, neiztrebnih, tovarniško-varnih papirjih in se more položiti pri blagajni v razglasu navedenih.

Varščina zapade v korist erarja, ako ponudnik od ponudbe v teku šestmesečnega roka, v katerem se je zavezal ostati na beseda, odpade ali pa ako — ne glede na ta rok — po pravočasnem sprejetju

gove ponudbe ne prevzame zalogo pravilno na določen dan.

§ 8. Ponudbi je treba priložiti naslednje izkaze:

- 1.) blagajnično pobotnico o položenej varščini;
 - 2.) izpričevalo, dokazuje dosegeno polnoletnost;
 - 3.) dokazilo avstrijskega državljanstva, oziroma domovinske pristojnosti v kako občinu in državnem zboru zastopanih krajev in dežel;
 - 4.) oblastveno, najkasneje pred dvema mesecema izdano izpričevalo o zadržanju;
 - 5.) linearen črtež prostorov, v katerih se ima oskrbovati zaloga.
- § 9. Odpiranje vseh pravočasno vloženih ponudb se vrši točno ob uri, ki se je v razglasu kot termin za vložitev naznanila, po voditelju finančnega oblastva prve instance.

Ponudnikom je dovoljena prisotnost pri odpiranju ponudb.

Zapisnik, ki se sestavi o odpiranju ponudb, ima obsegati razun konstatiranja formalnega postopanja pregleden posnetek iz izjav ponudnikov (§ 5, točka 2. in 5.).

Po končanem prebranju se ponudbe prosilcev, na koje se jemlje ozir, po obdržanih pobotnicah o varščinah vposljuje finančne straže preglednemu okrajnemu vodstvu, da poizve o razmerah dotičnih ponudnikov in o pripravnosti prostorov, koje so označili za oskrbovanje.

§ 10. Zaloga se odda na podlagi vspeha teh poizvedovanj, odstranivši ponudbe, koje se ne morejo sprejeti (§§ 11. in 12.) najboljšemu ponudniku.

§ 11. Za sprejetje neprimernimi smatrajo so ponudbe:

- 1.) od oseb, koje se po državljskih zakonih ne morejo zavezati, ali koje s svojim premoženjem ne smejo prosto razpolagati;
- 2.) od aktivnih državnih služabnikov;
- 3.) od inozemcev;
- 4.) od prosilcev, koji so bili obsojeni radi kakega hudodelstva ali radi prestopka tatvine, poneverjenja, udeležbe istih, ali goljufije, v kolikor pravni nasledki te obsojbe v smislu zakona z dne 15. novembra 1867 (drž. zak. št. 131) še trajajo ali katere so v kazenski preiskavi radi kakega teh zločinov;
- 5.) od oseb, koje so bile obsojene radi tihoapstva, radi kakega težkega dohodarstvenega prestopka ali radi prestopka zakonov, obstoječih v varstvo tobačnega monopola, ako od prestane kazni niso še potekla tri leta, dalje od istih, ki so v dohodarstveno-kazenski preiskavi radi kakega teh prestopkov;
- 6.) od oseb, kojim se je zaloga tobaka ali trafika potom kazni odvzela radi narnariga poslovanja;
- 7.) od oseb, od katerih se ne more pričakovati povoljno poslovanje;
- 8.) od oseb, kojim ni na razpolago za umno skladanje in ohranjenje tobačnih izdelkov popolnoma primeren prostor;
- 9.) od založnikov tobaka in trafikantov ali od oseb, ki živé z njimi v skupnem gospodarstvu, v kolikor ni po oddanih izjavah zagotovljeno, da se gre samo za premenitev, ne pa za kopičenje prodajalnic tobaka.

§ 12. Za sprejetje neprimernimi smatrajo so dalje:

- 1.) prepozno vložene ponudbe;
- 2.) ponudbe, v katerih niso glede na zahtevano opravnino, ali na ponudeno vrnitev dobička izraženi določni podatki, marveč le oziri na druge ponudbe;
- 3.) ponudbe, v katerih niso izražene vse predpisane izjave (§ 5.), katere niso pravilno z izkazi previdene (§ 8.), katere razglasu ne ustrezajo, ali v katerih so poprave (izstrugana mesta) — v kolikor se ti nedostatki ne odstranijo v kratkem od finančne oblasti prve instance morebiti določenem zapadnem roku.

(5033) 3—3

697/Prä.

Rundmachung

der k. k. Finanzdirection für Krain vom 18. December 1899, Z. 697/Pr., wegen Einbringung der Befennnisse behufs Veranlagung der Personal-Einkommensteuer und Besoldungssteuer sowie der Rentensteuer für das Jahr 1900.

Zum Zwecke der.

Bemessung der Personal-Einkommensteuer und der Besoldungssteuer für das Jahr 1900

haben die Steuerpflichtigen in Gemäßheit des § 202 des Gesetzes vom 25. October 1896, R. G. Bl. Nr. 220, und des Erlasses des k. k. Finanzministeriums vom 25. November 1899, Z. 64.349, ohne erst eine specielle Aufforderung der Steuerbehörde abzuwarten,

bis längstens 15. Februar 1900

ein Befennnis über ihr steuerpflichtiges Einkommen sowie auch über das ihrem eigenen Einkommen gemäß § 157 des citierten Gesetzes zuzurechnende Einkommen der Angehörigen ihrer Haushaltung unter Benützung eines amtlichen Formulars, welches seitens der Steuerbehörden und Steuerämter unentgeltlich verabfolgt wird, bei der zuständigen Steuerbehörde I. Instanz, sohin in der Stadt Laibach bei der k. k. Steuer-administration in Laibach und am Orte bei derjenigen Bezirkshauptmannschaft, in deren Sprengel der Steuerpflichtige seinen ordentlichen Wohnsitz hat, einzubringen.

Personen, deren steuerpflichtiges Einkommen 1000 fl. nicht übersteigt, sind von der Abgabe eines Befennnisses in der Regel befreit und sind dazu nur verpflichtet, sobald eine besondere Aufforderung an sie ergeht; jedoch sind auch diese Personen in jedem Falle berechtigt, Befennnisse einzubringen. Dagegen sind diejenigen Personen, deren gesamtes Einkommen auf ein Jahr berechnet den Betrag von 600 fl. nicht übersteigt, von der Personal-Einkommensteuer überhaupt befreit.

Das Einkommen, welches aus verschiedenen Quellen fließt, ist in dem Befennnisse nach den einzelnen Hauptquellen (aus Grund- und Gebäudepacht, aus selbstständigen Unternehmungen und Beschäftigungen, aus Dienst- und Lohnbezügen und Nutzengeüssen, aus Capitalvermögen u. s. w.) getrennt auszuweisen, und genügt es daher nicht, dasselbe in einer einzigen Summe auf der ersten Seite des Befennnisses einzubekennen.

Feststehende Einnahmen (wie in bestimmter Höhe zugesicherte Rente, Mietzins, Pachtzins, das Einkommen aus Zinsencoupons u. dgl.) sind gemäß § 156 des obcitirten Gesetzes mit dem Betrage, den sie im Jahre 1899 tatsächlich erreicht haben, ihrem Betrage nach unbestimmte oder schwankende (veränderliche) Einnahmen (z. B. Erträge aus Handel und Gewerbe, Dividenden von Actien, Tantiemen, Zeit-, Stück- und Accordlöhne u. s. w.), nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre (1897, 1898 und 1899) einzubekennen.

Haben feststehende Einnahmen noch nicht durch ein Jahr oder veränderliche Einnahmen noch nicht durch drei Jahre bestanden, so sind dieselben nach dem Durchschnitt des Zeitraumes ihres Bestehens, nöthigenfalls nach dem muthmaßlichen Jahresbetrage einzubekennen.

Die Befennnisse können schriftlich eingebracht oder, und zwar auch bei dem zuständigen Steueramte, mündlich zu Protokoll gegeben werden. Wegen des späteren Partei-Andranges werden die Steuerpflichtigen in ihrem eigenen Interesse aufmerksam gemacht, ihre mündlichen Befennnisse bald abzugeben.

Zum Zwecke der
Bemessung der Rentensteuer für das Jahr 1900

haben die Steuerpflichtigen bezüglich aller der Rentensteuer unterliegenden Bezüge, mit Ausnahme jener, von denen der Abzug der Rentensteuer bei dem Schuldner stattfindet (§ 133 R. G. Bl.) und insoweit die rentensteuerpflichtigen Bezüge entweder für sich allein oder in Verbindung mit dem anderwertigen Einkommen der Steuerpflichtigen den Betrag per 600 fl. jährlich übersteigen, gemäß § 138 R. G. Bl. und des Finanz-Ministerial-Erlasses vom 25. November 1899, Z. 64.349, bei jener Behörde, welche zur Empfangnahme der Befennnisse zur Personal-Einkommensteuer zuständig ist, ohne erst eine specielle Aufforderung seitens der Steuerbehörde abzuwarten, gleichzeitig mit dem Befennnisse zur Personal-Einkommensteuer, d. i. bis längstens 15. Februar 1900,

ein Rentensteuer-Befennnis zu überreichen oder mündlich zu Protokoll zu geben. Im letzteren Falle kann die Aufnahme des Befennnisses auch bei dem zuständigen Steueramte erfolgen.

Die Befennnisse haben den Namen, Stand und Wohnort der Steuerpflichtigen, die nähere Bezeichnung der steuerpflichtigen Bezüge, insbesondere ob dieselben in Geld oder Naturalien, Sachleistungen oder sonstigen Leistungen bestehen und, insoweit es sich nicht um Escomptzinsen handelt, auch die Bezeichnung der Schuldner zu enthalten. Bei Capitalsforderungen ist der Capitalbetrag und der Zinsfuß, bei Annuitäten der Gesamtbetrag der Annuität und der darin enthaltenen Capitalsrückzahlung anzugeben; endlich sind in dem Befennnisse die vom Steuerpflichtigen auf Grund des § 130 des Gesetzes etwa in Anspruch genommenen Abzüge (insoweit dieselben überhaupt zulässig sind) anzugeben.

Zum Zwecke der Ausfertigung der Befennnisse sind amtliche Formularien zu verwenden, welche bei den Steuerbehörden unentgeltlich erhältlich sind.

Von der Ueberreichung des Rentensteuer-Befennnisses sind nach § 139 des Gesetzes, soferne sie nicht von der Steuerbehörde insbesondere dazu aufgefordert werden, jene Steuerpflichtigen befreit, welche

- 1.) im vorausgegangenen Steuerjahre bereits Rentensteuer entrichtet,
- 2.) inzwischen ihren Wohnsitz nicht verändert und
- 3.) keine Vermehrung der Bezüge erlangt haben.

Die Steuerbemessung findet in diesem Falle geradezu statt, als ob die genannten Personen die Fortdauer ihrer Bezüge in dem im letztvergangenen Jahre bestandenem Ausmaße einbekannt hätten.

Feststehende Bezüge (in bestimmter Höhe zugesicherte Rente, Pachtzins, das Einkommen aus Zinsencoupons u. dgl., sowie Rentenbezüge überhaupt) sind im Sinne des § 128 des Gesetzes für das Jahr 1900 mit dem Betrage, den sie im Jahre 1899 tatsächlich erreicht haben, ihrem Betrage nach unbestimmte oder schwankende Bezüge (z. B. Zinsen von Contocorrentforderungen, Depositen und Cassenscheinen, Escomptgewinne, Zinsen und Dividenden von Actien, Prioritätsactien, Geschäfts- und Genossenschaftsanteilen [insoweit sie steuerpflichtig sind] u. dgl.) nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre (1897, 1898 und 1899) einzubekennen.

Haben feststehende Einnahmen noch nicht durch ein ganzes Jahr oder unbestimmte oder

schwankende Einnahmen noch nicht durch drei Jahre bestanden, so sind sie nach dem Durchschnitt des Zeitraumes ihres Bestehens, nöthigenfalls nach dem muthmaßlichen Jahresbetrage in Anschlag zu bringen. Diejenigen Personen, welche gemäß § 227 des Gesetzes vom 25. October 1896, R. G. Bl. Nr. 220, durch Bezug in das Geltungsgebiet des Gesetzes oder durch Erlangung fester Dienstbezüge von steuerpflichtiger Höhe im Laufe des Jahres 1900 in die Einkommensteuerpflicht treten, beziehungsweise gemäß § 145 des Gesetzes durch Bezug in das Geltungsgebiet dieses Gesetzes im Laufe des Jahres 1900 rentensteuerpflichtig werden, haben binnen 14 Tagen nach Eintritt des die Steuerpflicht begründenden Ereignisses die Anzeige an die zuständige Steuerbehörde unter Anschluß eines Befennnisses zu erstatten.

Die Befennnisse sind von den eigenberechtigten Steuerpflichtigen selbst einzubringen. Inwiefern anstatt des Steuerpflichtigen selbst andere Personen, wie Vormünder, Curatoren, Bevollmächtigte u. s. w., das Steuerbefennnis abzugeben verpflichtet oder berechtigt sind, wird in den §§ 262 bis 266 R. G. Bl. und im Art. 2, §. 3. VI, bestimmt.

Zur Einbringung der hiemit angeordneten Befennnisse können die Steuerpflichtigen durch Ordnungsstrafen verhalten werden, überdies machen sie sich gemäß § 243 des Personalsteuergesetzes durch Unterlassung der pflichtmäßigen Einbringung des Befennnisses einer nach § 244 dieses Gesetzes zu ahnenden Steuerverheimlichung schuldig und wird insbesondere darauf aufmerksam gemacht, daß die Pflicht zur Ueberreichung des Befennnisses und die Folgen der unterlassenen Einbringung denselben von der Zustellung der nach § 204, beziehungsweise nach § 140 des Gesetzes seitens der Steuerbehörden zu bewerkstelligenden individuellen Aufforderung an die Steuerpflichtigen nicht abhängig sind und daß sich sohin gegen eine allfällige spätere Verfolgung wegen Steuerverheimlichung niemand darauf berufen könne, daß ihm kein Formular für das Befennnis zugekommen sei.

Steuerhinterziehungen durch unrichtige Angaben oder Verzerrungen im Sinne des § 239 des Gesetzes vom 25. October 1896, R. G. Bl. Nr. 220, unterliegen den in diesem Paragraphen festgesetzten Strafen.

K. k. Finanz-Direction.
Laibach am 18. December 1899.

St. 697/pr.

Razglas

c. k. finančnega ravnateljstva za Kranjsko z dne 18. decembra 1899, št. 697/pr., radi oddaje napovedi v svrhu priredbe osebne dohodnine in plačarine ter rentnine za leto 1900.

V svrhu

odmere osebne dohodnine in plačarine za leto 1900.

podati imajo davčni zavezanci, ne da bi čakali kakega posebnega poziva od strani davčne oblasti, v zmislu § 202. postave z dne 25. oktobra 1896, drž. zak. št. 220, ter odloka c. k. finančnega ministerstva z dne 25. novembra 1899, št. 64.349,

najkasneje do 15. februarja 1900 napoved o svojih davku podvrženih dohodkih in v zmislu § 157. zgoraj navedene postave tudi o davkih onih svojcev, ki živé z davčnimi zavezanci v skupnem hišnem gospodarstvu.

Poslužiti se je v to uradnih obrazcev, ki se dobe brezplačno pri davčnih oblastih in davčnih uradih. Napovedi so oddati pri pristojni davčni oblasti prve instance, torej v Ljubljani pri c. k. davčni administraciji v Ljubljani, na deželi pa pri onem okrajnem glavarstvu, v čegar okraju davčni zavezanec redno prebiva.

Osebe, katerih davku zavezani dohodki ne presegajo 1000 gld., so praviloma oproščene oddajanja napovedi in so v to zavezane samo tedaj, kadar se posebno k temu pozovejo; vendar pa imajo tudi te osebe vselej pravico oddati napovedi. Nasprotno pa so osebe, katerih skupni, na leto proračunjeni dohodki ne presegajo 600 gld., sploh osebne dohodnine proste.

Dohodke, ki prihajajo iz različnih virov, treba je v napovedi izkazati posebej po posameznih glavnih virih (iz zemljiškega in hišnega posestva, iz samostalnih podjetij in opravil, iz službenih in mezdnih prejemkov ter pokojnin, iz glavniske imovine i. t. d.) ter ne zadostuje, iste z eno samo svoto na prvi strani napovedi navesti.

Stalni dohodki (kakor v določeni višini zagotovljene obresti, najemnine, zakupnine, dohodki iz obrestnih kuponov i. dr.) se morajo v zmislu § 156. zgoraj imenovane postave napovedati v znesku, ki so ga leta 1899. v resnici dosegli, glede svote nedoločeni ali izpremenljivi (nestalni) dohodki (n. pr. doneski iz trgovin in obrtov, dividende od delnic, taktijeme, mezde po času, po kosih in dogovoru i. t. d.) pa v poprečni višini iz dobe zadnjih treh let (1897, 1898 in 1899).

Ako stalni dohodki še ne obstoje celo leto, oziroma izpremenljivi dohodki ne še tri leta, tedaj jih je vzeti v poštrev po poprečnosti njih obstojne dobe, ali če treba, po verjetnem letnem donosu.

Napoved se sme ali vložiti pisмено ali pa oddati ustno na zapisnik, in sicer tudi pri pristojnem davčnem uradu. Ker utegne

pozneje naval strank narasti, opozarjajo se davčni zavezanci v svojo lastno korist, da svoje ustne napovedi čim preje podajo.

V svrhu

odmere rentnine za leto 1900.

oddati imajo davčni zavezanci, ne da bi čakali kakega posebnega poziva od strani davčne oblasti, glede vseh rentnini podvrženih prejemkov razen onih, od katerih odbija rentnino dolžnik (§ 133. zak. o oseb. davk.) in ako presežajo rentnini podvrženi prejemki ali sami za se ali v zvezi z ostalimi dohodki davčnih zavezancev 600 gld. na leto, v zmislu § 138. zak. o oseb. davk. in odloka c. k. finančnega ministerstva z dne 25. novembra 1899, št. 64.349, pri oni davčni oblasti, katera je pristojna za sprejemanje napovedi za osebno dohodnino istočasno z napovedjo za osebno dohodnino, t. j. najkasneje

do 15. februarja 1900

napoved za rentnino, in sicer imajo to napoved ali pisмено vložiti ali pa, in sicer tudi pri pristojnem davčnem uradu, oddati ustno na zapisnik.

Napoved mora obsegati ime, stan in bivališče davčnega zavezanca, potem natančneje označeno davku zavezanih prejemkov, osobito ali so ti prejemki v denarju ali v prirodninah, stvarnih užitkih ali drugačnih davščinah in, v kolikor ne gre za eskomptne obresti, tudi označeno dolžnikov. Pri glavninskih terjatvah treba navesti glavninski znesek in obrestno merilo, pri letninah vkupni znesek letnine in v njej zapodanega glavninskega povračila, napoved je v napovedi navesti še morebitne odbitke, ki jih zahteva davčni zavezanec, v kolikor so na podlagi § 130. postave sploh dopustni.

Pri oddaji napovedi se je posluževati uradnih obrazcev, ki se dobe brezplačno pri davčnih oblastih in davčnih uradih.

Oddaje napovedi so v zmislu § 139. postave, v kolikor jih davčna oblast v to posebej ne pozove, oproščeni tisti davčni zavezanci,

- 1.) ki so že v minulem davčnem letu plačevali rentnino,
- 2.) ki med tem niso izpremenili svojega domovališča in
- 3.) katerim se prejemki niso pomnožili.

Davčna odmera v tem slučaju opravlja prav tako, kakor da bi bile imenovane osebe napovedale, da trajajo njihovi prejemki na dalje v isti izmeri, ki je bila določena v zadnjem preteklem letu.

Stalni dohodki (v določeni višini zagotovljene obresti, zakupnine, dohodki iz obrestnih kuponov in enaki ter rentni prejemki sploh) se morajo v zmislu § 128. postave za leto 1900. napovedati v znesku, ki so ga v letu 1899. v istini dosegli, glede svote nedoločeni ali nestalni prejemki (n. pr. obresti kontokorentnih terjatev, položkov in blagajničnih listov, eskomptni dobički, obresti in dividende od delnic, prednostnih delnic, opravnih in zadružnih deležev [v kolikor so davku podvrženi] i. t. d.) pa v poprečni višini iz dobe zadnjih treh let (1897, 1898, 1899).

Ako stalni dohodki še niso trajali eno celo leto, oziroma izpremenljivi ali nestalni še ne tri leta, tedaj jih je vpoštrevati po poprečnosti dobe njih obstanka, če pa treba, po verjetnem letnem donosu.

Osebe, ki stopijo v zmislu § 227. postave z dne 25. oktobra 1896., drž. zak. št. 220, vsled tega, ker so se doselile v ozemlje, kjer velja ta zakon, ali ker so doslele stalne službene prejemke o davku zavezani višini, tekem leta 1900. v dohodninsko, oziroma v zmislu § 145. postave vsled tega, ker so se doselile v ozemlje tega zakona, tekem leta 1900. v rentninsko dolžnost, morajo to v 14. dneh po nastopu dogodka, ki je povzročil njih davčno dolžnost, pri pristojni davčni oblasti naznaniti in temu naznanilu priložiti napoved.

Samopravni davčni zavezanci imajo napovedi sami oddati in podpisati.

V kolikor imajo podati davčno napoved namesto davčnih zavezancev samih druge osebe, kakor n. pr. jerobi, skrbniki, pooblašenci i. t. d., določajo §§ 262. do 266. zak. o oseb. davk. ter člen 2. izvrš. predp. VI.

Davčni zavezanci se smejo s kaznimi zaradi nereda primorati, da podajo s tem razglasom zaukazane napovedi, vrhutega zakrivijo, ako dolžne napovedi ne oddajo, v zmislu § 243. zak. o oseb. davkih zatajbo davka, ki se po § 244. postave kaznuje.

Zlasti se pa tu opozarja, da dolžnost podati napoved in posledice zanemarjanja te dolžnosti niso odvisne od vročbe posebnih pozivov, kakršne dostavljajo davčne oblasti davčnim zavezancem v zmislu § 204., oziroma § 140. postave ter da se v slučaju, ako bi se pozneje proti komu zaradi davčne zatajbe kazenskim potom postopalo, nihče ne more sklicevati na to, da obrazca za napoved ni dobil.

Davčne prikrajše povzročene z neresničnimi podatki ali s tajejanjem v zmislu § 239. zakona z dne 25. oktobra 1896, drž. zak. št. 220, zapadejo v navedenem paragrafu določenim kaznim.

C. k. finančno ravnateljstvo.

Ljubljana, dne 18. decembra 1899.

